

## 330840-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Museumsausstellungen – Kunstproduktion und Planungsleistung als  
Rahmenvertrag  
OJ S 98/2025 22/05/2025  
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin

E-Mail: [einkauf@gewobag.de](mailto:einkauf@gewobag.de)

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Berliner Leben, Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen  
Rechts

E-Mail: [einkauf@gewobag.de](mailto:einkauf@gewobag.de)

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Bildung

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Kunstproduktion und Planungsleistung als Rahmenvertrag

Beschreibung: Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Beschaffung von Kunstproduktion und Planungsleistung als Rahmenvertrag. Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beginnt mit dem Zuschlag und endet am 31.12.2026. Die Gewobag darf die Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung einseitig zweimalig um je ein Jahr verlängern. Die Option muss spätestens 6 Monate vor Ablauf der Laufzeit der Rahmenvereinbarung ausgeübt sein. Maßgeblich ist die Absendung der Erklärung in Textform bei der Gewobag. Die Gewobag geht von einem Abrufvolumen von maximal EUR 990.000,- aus. Ab Erreichen dieses Volumens ist die Rahmenvereinbarung hinfällig, ein weiterer Abruf aus ihr ist dann nur noch im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen (vgl. § 132 GWB) machbar. Die Angabe des Abrufvolumens ist eine reine vergaberechtliche Notwendigkeit. Sie stellt weder die Zusage von Abrufen in dieser Höhe dar, noch ist sie eine Geschäftsgrundlage im Sinne von § 313 BGB. Der Rahmenvereinbarungspartner hat keinen Anspruch auf Abruf von Leistungen. Weitere Informationen sind der Leistungsbeschreibung (Anlage 2 zum Vertrag) und dem Vertrag zu entnehmen.

Kennung des Verfahrens: 19976081-6273-45b0-97fd-60d3d0febec1

Interne Kennung: 073-25

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

##### 2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 92521100 Museumsausstellungen

### 2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10115

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

### 2.1.3. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 990 000,00 EUR

### 2.1.4. Allgemeine Informationen

#### Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

### 2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Der Bewerber/bei Bewerbungsgemeinschaften der bevollmächtigte Vertreter für alle Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft erklärt, dass • er/sie alle rechtlichen

Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfüllt/erfüllen, • über sein/ihr

Vermögen weder das Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren

eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden

ist, • er/sie sich nicht in Liquidation befindet/befinden, • er/sie im Rahmen seiner/ihrer

beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat/haben, die seine/ihre

Zuverlässigkeit als möglichen Erbringer der ausgeschriebenen Leistungen entfallen lassen

würde, • er/sie seine/ihre Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie zur

Entrichtung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nach den Rechtsvorschriften des

Mitgliedsstaates des Auftraggebers ordnungsgemäß erfüllt hat/haben, • keine der Personen,

deren Verhalten ihm/ihnen zuzurechnen ist, aus einem der in § 123 GWB genannten Gründe

rechtskräftig verurteilt worden ist, • er/sie sich bewusst ist/sind, dass eine falsche Angabe den

Ausschluss aus dem Bewerberkreis zur Folge haben kann, • insbesondere die getätigten

Angaben und Erklärungen zu den Eignungskriterien der Wahrheit entsprechen und • er/sie die

Regelungen des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) und des

Arbeitnehmerentendegesetzes (AentG) zur Kenntnis genommen hat/haben und weder die

Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG noch die Voraussetzungen für

einen Ausschluss nach § 21 Abs. 1 AentG vorliegen, • er/sie Artikel 5k der Verordnung (EU)

2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 zur

Kenntnis genommen hat, erklärt, nicht von den Verbotstatbeständen betroffen zu sein, und bei

der Ausführung des Auftrags zu beachten. Nach dieser Regelung ist es verboten, öffentliche

Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die

öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a

bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014

/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014

/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der

Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009

/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw.

Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen: a)

russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische

Personen, Organisationen oder Einrichtungen, b) juristische Personen, Organisationen oder

Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter

Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfallen, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe). Soweit der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft von den Verbotstatbeständen betroffen sein sollte, ist er/sie verpflichtet, mit dem Teilnahmeantrag eine ausführliche Darlegung abzugeben, die es der Gewobag ermöglicht, über den Ausschluss aus dem Vergabeverfahren zu entscheiden. • er/sie den Nachweis einer bestehenden marktüblichen Haftpflichtversicherung spätestens 10 Kalendertage nach Erteilung des Zuschlages erbringen und den Versicherungsschutz mit mindestens den genannten Merkmalen über die gesamte Laufzeit dieses Vertrags vorhalten wird (die Festlegung der genauen Spezifika behält sich die Gewobag im Rahmen des Marktüblichen nach Abschluss der Verhandlungen vor), • er/sie sich bereit erklärt, ausschließlich Personal mit der für den Auftrag erforderlichen Qualifikation einzusetzen, • er/sie sich bereits jetzt bereiterklärt, die in Ziffer 6.2.1 „Angebot“ benannten Personen bei der Erbringung der Leistungen, die Gegenstand dieser Beschaffungsmaßnahme sind, in ihren dort zugewiesenen Rollen einzusetzen, • er/sie erklärt sich bereits jetzt bereit, im Falle des Auftrags Beschäftigte mit folgenden auftragsspezifischen Qualifikationen für die Leistungserbringung zu stellen und im Bedarfsfall einzusetzen: o Designer, o Ingenieur und/oder o Handwerker (Meister/Geselle o. vglb.) Die Gewobag behält sich vor, vor Zuschlagserteilung geeig. Nachweise von den Bietern zu fordern, um die abgegeb. Eigenerklärungen überprüfen zu können. Legt der Bieter die geforderten Nachweise nach Aufforderung durch Gewobag nicht, nicht fristgemäß oder nicht vollständig vor, wird der Bieter zwingend vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Bei Bewerbern/BewGemeinschaften aus dem EU-Ausland sind von der Gewobag geforderte Nachweise nach dem Recht ihres Heimatstaates zu erbringen. Soweit es um Auskünfte aus dem Wettbewerbsr geht, muss das Register Auskunft über nachfolgende Vorgänge erbringen: Verwaltungsentsch. (Gewerbeuntersagungen, Rücknahme von Erlaubnissen, Konzessionen etc.), Verzicht auf eine Zulassung zu einem Gewerbe oder einer sonstigen wirtschaftlichen Unternehmung während eines Rücknahme- oder Widerrufverfahrens, Bußgeldentscheidungen wegen bei oder im Zusammenhang mit der Gewerbeausübung begangener Ordnungswidrigkeiten sowie bestimmte strafgerichtliche Verurteilungen wegen bei oder im Zusammenhang mit der Gewerbeausübung begangener Straftaten. Sämtliche Nachweise, Bescheinigungen bzw. Erklärungen sind auf Verlangen des Auftraggebers auch für Nachunternehmer zu erbringen. Diese Anforderung gilt auch für Nachunternehmer von Bewerbern aus dem EU-Ausland.

## 5. Los

---

### 5.1. Los: LOT-0000

Titel: Kunstproduktion und Planungsleistung als Rahmenvertrag

Beschreibung: 1. Auftraggeber Die Gewobag steht als bedeutende Berliner

Wohnungsbaugesellschaft für „Die ganze Vielfalt Berlins“. Mit rund 97.000 verwalteten

Einheiten zählt sie zu den größten Immobilienunternehmen bundesweit. Gemeinsam mit ihrer Beteiligungsgesellschaft Gewobag WB Wohnen in Berlin GmbH und deren

Tochterunternehmen Gewobag PB Wohnen in Prenzlauer Berg GmbH (alle drei Unternehmen gemeinsam im Folgenden „Gewobag“ genannt) sowie weiteren Konzernunternehmen verfügt sie über einen Bestand von ca. 73.500 Wohnungen und ca. 23.300 sonstigen Einheiten. Die

Gewobag beschafft die Leistungen für die Stiftung Berliner Leben. Die Stiftung Berliner Leben (Stiftung), eine Stiftung der Gewobag, setzt Kunst- und Kulturprojekte im Sinne des sozialen

Engagements der Gewobag sowie zur Erfüllung ihrer eigenen Satzungszwecke mit ihren eigenen Institutionen um: dem Urban Nation Museum für Urban Contemporary Art (Museum), dem HipHopHub, dem Künstler-Residenz-Programm Fresh A.I.R., der Martha Cooper Library und dem sozio-kulturellen Programm Stadtraum!Plus. Die Projektarbeiten finden im Berliner Stadtraum des URBAN NATION Museums for Urban Contemporary Art, Bülowstraße 7/ Zietenstraße 12, 10783 Berlin, Deutschland mit den dazugehörigen Räumen statt: Production Office und Werkstatt in der Bülowstraße 97, 10783 Berlin und in den Wohnungen und Dachgeschossflächen über dem Museum, Etage 2 bis 5, Bülowstraße 7/ Zietenstraße 12, 10783 Berlin. Des Weiteren gibt es variable Einsatzorte entsprechend der weiteren Projektarbeit in den Berliner Quartieren. Aus dem Rahmenvertrag sind sowohl die Gewobag als auch die Stiftung Berliner Leben abrufberechtigt. Zu den Einzelheiten vgl. die Regelungen der Vergabeunterlagen und insb. der Rahmenvereinbarungen. 2. Gegenstand der Leistung 2.1 Beschaffungsgegenstand Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Beschaffung von Kunstproduktion und Planungsleistung als Rahmenvertrag. Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beginnt mit dem Zuschlag und endet am 31.12.2026. Die Gewobag darf die Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung einseitig zweimalig um je ein Jahr verlängern. Die Option muss spätestens 6 Monate vor Ablauf der Laufzeit der Rahmenvereinbarung ausgeübt sein. Maßgeblich ist die Absendung der Erklärung in Textform bei der Gewobag. Die Gewobag geht von einem Abrufvolumen von maximal EUR 990.000,- aus. Ab Erreichen dieses Volumens ist die Rahmenvereinbarung hinfällig, ein weiterer Abruf aus ihr ist dann nur noch im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen (vgl. § 132 GWB) machbar. Die Angabe des Abrufvolumens ist eine reine vergaberechtliche Notwendigkeit. Sie stellt weder die Zusage von Abrufen in dieser Höhe dar, noch ist sie eine Geschäftsgrundlage im Sinne von § 313 BGB. Der Rahmenvereinbarungspartner hat keinen Anspruch auf Abruf von Leistungen. Weitere Informationen sind der Leistungsbeschreibung (Anlage 2 zum Vertrag) und dem Vertrag zu entnehmen.

Interne Kennung: 073-25

#### **5.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79950000 Veranstaltung von Ausstellungen, Messen und Kongressen

##### **Optionen:**

Beschreibung der Optionen: Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beginnt mit dem Zuschlag und endet am 31.12.2026. Die Gewobag darf die Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung einseitig zweimalig um je ein Jahr verlängern. Die Option muss spätestens 6 Monate vor Ablauf der Laufzeit der Rahmenvereinbarung ausgeübt sein. Maßgeblich ist die Absendung der Erklärung in Textform bei der Gewobag.

#### **5.1.2. Erfüllungsort**

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10115

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

#### **5.1.3. Geschätzte Dauer**

Laufzeit: 15 Monate

#### **5.1.4. Verlängerung**

Maximale Verlängerungen: 2

#### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

**Vorbehaltene Teilnahme:**

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

#### **5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

#### **5.1.9. Eignungskriterien**

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung des Bieters zu seinem Umsatz (netto) mit vergleichbaren Leistungen (vgl. Ziffer 5.1) der Bekanntmachung) innerhalb der letzten drei Geschäftsjahre 2022 bis 2024.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung des Bieters zur Anzahl von Beschäftigten (einschl. Eigentümer des Unternehmens) mit vergleichbaren Leistungen (vgl. Ziffer 5.1) der Bekanntmachung) innerhalb der letzten drei Geschäftsjahre 2022 bis 2024.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit der Abfrage von Referenzen werden die Branchenerfahrung und die auftragspezifische Erfahrung der Unternehmen überprüft. Um der Gewobag die Überprüfung der Vergleichbarkeit der Referenzen mit den zu vergebenden Leistungen zu ermöglichen, sind die folgenden Tabellen jeweils vollständig auszufüllen. Aus Sicht der Gewobag sind die in dieser Ziffer zur Eintragung der Referenzen vorgegebenen und zwingend auszufüllenden Tabellen zum Nachweis dieses Aspektes der Eignung ausreichend. Mindestbedingung: • Beschreibung der erbrachten Leistung • Unternehmen, das die Leistung erbracht hat (Firma des Einzelbewerbers oder des Mitglieds der Bergewerkgemeinschaft oder des Unternehmens, dessen Fähigkeiten man sich bedient) • Auftraggeber (mit Adresse) • Projektgröße (mind. EUR 4.000,- netto) • Projektgröße (mind. 3 Manntage) • Ansprechpartner beim Auftraggeber (Abteilung mit Telefonnummer) • Zeitraum der Erbringung der Leistung (MM /JJ bis MM/JJ) (Achtung: Abschluss nicht vor 2019) Generell unzulässig ist es, die in unterschiedlichen Projekten erbrachten Leistungen zu einer „vergleichbaren Leistung“ zusammenzufassen. Unzulässig ist ferner die Aufteilung einer einheitlichen Leistung in mehrere Referenzen. Eine Leistung ist „einheitlich“, wenn sie auf demselben Auftrag beruht (Bsp.: Nennung einzelner Leistungsteile, die mit demselben Auftrag beauftragt wurden). Für jede wertungsfähige Referenz können 20 Punkte erreicht werden (max. 100 Punkte): • 5 Punkte = Wertungsfähige Referenz • 15 Punkte (max.) = Zusatzpunkte (zusätzliche Spezifika) Zusatzpunkte können für das Erfüllen folgender weiterer Spezifika im jeweiligen Referenz Projekt erreicht werden: • Leistung für öffentlichen Auftraggeber erbracht (§ 98 GWB) (1 Punkt) • konzeptionelle Planung von Ausstellungen und Veranstaltungen (4 Punkte) • Machbarkeitsanalysen (2 Punkte) • Produktion von Ausstellungen (Transport von Waren und Kunstwerken innerhalb Berlins, Auf- und Abbau von Ausstellungen) (2 Punkte) • Dokumentenmanagement (Versicherungsmanagement, Zollangelegenheiten) (2 Punkte) • Recherchearbeiten (2 Punkte) • Administrationsdienstleistungen (2 Punkte) Bewerber, die eine zwingend geforderte Angabe in Bezug auf eine Referenz nicht machen, müssen auf diesen

Umstand eindeutig hinweisen und dies schriftlich begründen. Die Gewobag behält sich vor, anhand der gegebenen Begründung über eine Wertung der betreffenden Referenz zu entscheiden. Fehlen geforderte Angaben ohne Begründung, wird die Referenz nicht gewertet. Die Gewobag ist zur Prüfung der Eignung vergaberechtlich verpflichtet und muss – trotz der unterbliebenen Nennung bspw. des Referenz-Auftraggebers – in der Lage sein, die Wertungsfähigkeit und insb. die Vergleichbarkeit der angegebenen Referenz prüfen zu können. Die Prüffähigkeit können Bewerber bspw. durch folgende Maßnahmen herstellen: • Begründung, weshalb Nennung nicht möglich (zwingend) • Möglichst aussagekräftige Umschreibung der Tätigkeit inkl. Referenzgeber Die Gewobag wird anhand der mitgeteilten Informationen über die Wertung der Referenzen entscheiden und ggfs. Informationen nachfordern bzw. aufklären. Nur die 3 bis max. 5 Bewerber mit der höchsten Eignungspunktzahl im Teilnahmewettbewerb werden für die Angebots- und Verhandlungsphase zugelassen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Rangfolge: 1,00

**Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:**

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

**5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 13/06/2025 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/2/tenderId/194155>

**Ad-hoc-Kommunikationskanal:**

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

**5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 24/06/2025 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: vgl. § 56 VgV

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein  
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich  
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja  
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja  
Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:  
Bewerbergemeinschaften müssen sich bereits als solche bewerben. Die nachträgliche Bildung einer Bewerbergemeinschaft ist grundsätzlich nicht möglich. Die Bewerbergemeinschaft hat mit dem Teilnahmeantrag eine von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft im Original unterzeichnete Erklärung abzugeben (das Formblatt „Bewerbergemeinschaftserklärung“ (Anlage 1) ist zwingend zu verwenden und vollständig auszufüllen), • dass im Fall der Zuschlagserteilung auf ihr Angebot/Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft gebildet wird, • in der alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und der bevollmächtigte Vertreter der Bewerbergemeinschaft benannt sind, • dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und • dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Des Weiteren ist anzugeben, aus welchen Gründen die Bewerbergemeinschaft gebildet worden ist.

#### **5.1.15. Techniken**

##### **Rahmenvereinbarung:**

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb  
Höchstzahl der Teilnehmer: 1

##### **Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

#### **5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Berlin

Informationen über die Überprüfungsfristen: Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 GWB). Die o.a. Fristen gelten nicht, wenn der Auftraggeber gem. § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist. Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit der eines geschlossenen Vertrages hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (134 GWB) oder einen Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäische Union bekannt gemacht, endet die Frist dreißig Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin

Organisation, die Angebote bearbeitet: Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin

## 8. Organisationen

---

### 8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin

Registrierungsnummer: ORG-0001

Abteilung: Zentraler Einkauf

Postanschrift: Alt-Moabit 101 A

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10559

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentraler Einkauf

E-Mail: [einkauf@gewobag.de](mailto:einkauf@gewobag.de)

Telefon: +4930 4708-1562

Fax: +4930 4708-1560

Internetadresse: <https://www.gewobag.de>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

### 8.1. ORG-0017

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin

Registrierungsnummer: 11-1300000V00-74

Postanschrift: Martin-Luther-Str. 105

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer des Landes Berlin

E-Mail: [vergabekammer@senweb.berlin.de](mailto:vergabekammer@senweb.berlin.de)

Telefon: +4930 90138316

Fax: +4930 90137613

Internetadresse: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

### 8.1. ORG-0023

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Berliner Leben, Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts

Registrierungsnummer: ORG-0023

Abteilung: Zentraler Einkauf  
Postanschrift: Alt-Moabit 101 A  
Stadt: Berlin  
Postleitzahl: 10559  
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)  
Land: Deutschland  
Kontaktperson: Zentraler Einkauf  
E-Mail: [einkauf@gewobag.de](mailto:einkauf@gewobag.de)  
Telefon: +4930 4708-1562  
Fax: +4930 4708-1560  
Internetadresse: <https://www.stiftung-berliner-leben.de>

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

**8.1. ORG-0024**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)

Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 17ad5e85-6a1a-4fcc-b567-761e23d51b3b - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 20/05/2025 16:07:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 330840-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 98/2025

Datum der Veröffentlichung: 22/05/2025